

Wählet nur uns! Wahlwerbung in Österreich 1919 – 1932

Gasthaus Rohrböck, 1040 Wien, Rilkeplatz 7, Eröffnung: 17.9. 2019,

Österreichische Wahlwerbung begann vor 100 Jahren mit den ersten allgemeinen Wahlen zur „Konstituierenden Nationalversammlung“ im Februar 1919. Die letzten Wahlen der Ersten Republik sollten bloß 13 Jahre danach im Jahr 1932 stattfinden: die Landtagswahlen in Niederösterreich, Salzburg, Wien und Vorarlberg.

Während heute „Grauslichkeiten“ im Wahlkampf weitgehend anonym im Internet stattfinden, waren sie früher Thema von Flugblättern, Zeitungsartikeln und Plakaten, den wichtigsten Wahlwerbmitteln überhaupt. Doch kaum eine Partei stellte in den Wahlkämpfen eigene Ideen oder Verdienste dar. Es scheint, als ob die Erzeugung von Angst vor den anderen Parteien das „Wahlprogramm“ schlechthin gewesen sei. Dafür schreckte man vor keiner Diffamierung, vor keiner Brutalität in Bildern und Texten zurück. Bombenwerfer, Feuerteufel, Kirchenschänder und sadistische Steuereintreiber trafen auf bigotte Priester, raffgierige Bauern, hartherzige Kapitalisten, und dekadente Adelige. Und alle Parteien setzten auf Antisemitismus, die Deutschnationalen sowieso, die Christlichsozialen stilisierten den „jüdischen Bolschewiken“ und sogar die Sozialdemokraten den „jüdischen Kapitalisten“ zum Feindbild. Damit sind auch die drei wesentlichen wahlwerbenden Gruppen genannt. Es gab zwar noch viele andere Parteien, aber in den Nationalrat gelangten nur wenige.



Das erste Gesetz der Republik: Gesetz vom 12. 11. 1918 über die Staats- und Regierungsform von Deutschösterreich

Art 1: Deutschösterreich ist eine demokratische Republik.

Der Name „Deutschösterreich“ wurde 1919 im Staatsvertrag von St. Germain verboten.

Art 2: Deutschösterreich ist ein Bestandteil der Deutschen Republik.

Kaum hatte Österreich sich als Republik konstituiert wollte es sich, wie von weiten Teilen der Bevölkerung gewünscht, an Deutschland anschließen. Der Anschluss wurde 1919 im Staatsvertrag von St. Germain verboten.

Art 9: Die konstituierende Nationalversammlung wird im Jänner 1919 gewählt.

Der Wahltag wurde auf 16. Februar 1919 festgelegt.

Die Wahlordnung ... beruht auf der Verhältniswahl und dem Stimmrecht aller Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts.

Erstmals wurde nach dem Verhältniswahlrecht gewählt. Österreich führte als fünfter Staat der Welt das Frauenwahlrecht ohne Unterschied zu dem der Männer ein.



Anonym: Christlichsoziale Partei, Wahl 1919

Ab 1907 gab es ein wirklich demokratisches Wahlrecht, aber nur für Männer. Mit dem Gründungsgesetz der Republik vom 12.11.1918 wurde es auf Frauen ausgeweitet. Österreich war das fünfte Land der Welt mit Frauenwahlrecht. Die Parteien boten eigene Informationsversammlungen für Frauen an. Allerdings gab es keine Erfahrungen mit dem Wahlverhalten von Frauen. Die Christlichsozialen fürchteten, die Wahlbeteiligung konservativer Frauen auf dem Land würde geringer sein, als in den sozialdemokratisch dominierten Städten und forderten daher die Einführung einer Wahlpflicht. Die Sozialdemokraten meinten dagegen, ihren vermeintlichen Vorteil bei Wahlpflicht verlieren zu können und lehnten ab. Der Staatsrat stellte nun die Bestimmung einer Wahlpflicht den Bundesländern frei, nur Tirol und Vorarlberg machten davon Gebrauch. Weder Befürchtung noch Hoffnung trat ein:

Von den stimmberechtigten 1,9 Millionen Frauen (54 % der Wahlberechtigten) nahmen 82% teil. Die Messung erfolgte durch verschiedenfarbige Kuverts. Die Mehrheit der Frauen stimmte für bürgerliche Parteien. Von 115 Kandidatinnen wurden allerdings nur 8 in die Nationalversammlung gewählt (5% der 159 Mandatare). [215]

Um einander zu imponieren und provozieren unterhielten die Bürgerlichen die Heimwehren, die Sozialdemokraten den Republikanischen Schutzbund und die Nationalsozialisten die SA (Sturmabteilung) als paramilitärische Verbände. Den Bildern und Worten folgten bald Taten: Verletzte und auch Tote auf allen Seiten.

1927 war ein Schicksalsjahr Österreichs. Bei einer Konfrontation zwischen rechten „Frontkämpfern“ und linken „Schutzbündlern“ gab es zwei Tote auf Seiten der „Roten“. Die Täter wurden freigesprochen, ein krasses Fehlurteil. Die empörte Menge legte Brand im Justizpalast, plünderte und verwüstete Polizeiposten und Zeitungsredaktionen. Für die Bürgerlichen stellte es sich wie der Beginn der befürchteten bolschewistischen Revolution dar. Die Polizei schoss scharf, es gab 84 tote Demonstranten und fünf tote Polizisten. Ab nun waren die Positionen festgelegt: hier die „Arbeitermörder“, dort die „bolschewistischen Feuerteufel“.

Hatte die NSDAP bis dahin nur geringe Bedeutung, erzielte sie im Gefolge der Weltwirtschaftskrise und der rasant steigenden Arbeitslosigkeit bei den Landtagswahlen 1932 schon bis zu 20 % der Stimmen. Das führte auch zu einem Zerschlagen der Regierungskoalition. Bundeskanzler Dollfuß brachte mangels der Bereitschaft der Sozialdemokraten keine neue zustande und hätte Neuwahlen ausschreiben lassen müssen – mit der Gefahr, dass die NSDAP wie in Deutschland die stärkste Partei hätte werden können.

Eine unvorhergesehene Krise der Parlamentsführung im März 1933 – alle drei Präsidenten traten im Zuge einer Abstimmung zurück – gab Bundeskanzler Dollfuß die willkommene Gelegenheit, das sowieso ungeliebte Parlament auszuschalten und unter Missbrauch einer Notverordnungsregelung aus dem Krieg autoritär zu regieren. Es folgten ein Verbot der immer terroristischer agierenden NSDAP, im Februar 1934 der Bürgerkrieg zwischen Sozialdemokraten

An Österreichs Volk!

Der Nationalrat, die gefeierte Verkörperung der Republik Österreich, ist gefährdet und handlungsunfähig. Wie ist das gekommen? Unzulängliche Weisungsgewaltigkeiten über die Möglichkeit einer Abstimmung am Sonntag, den 4. März 1. 3., legten alle drei Präsidenten ihre Stimmkraft nieder.

Dieser Zeit ist in der Verfassung und in der Geschäftsordnung nicht vorgezogen, es beliebt daher zur Zeit

eine schwere Krise des Parlaments.

Die Regierung wünscht nicht, daß das Land dauernd einer atomisierenden, dem allgemeinen Wohl dienenden Selbstverwaltung entbehrt. Die Führung eines Staatses liegt aber nicht allein bei der Regierung, sondern ebenso beim Staatsoberhaupt und der Regierung. Sie vom Herrn Bundespräsidenten ernannte **gefehrdete Regierung ist im Amt.** Sie ist von der Parlamentsfraktion, die eine im Jahre herbeizuführende wurde, nicht befreit.

es gibt daher keine Staatskrise!

Die Bundesregierung ist erst zufrieden, ihre Pflichten gegenüber Volk und Heimat in jeder Hinsicht zu erfüllen. Die Bundesregierung wird mit unverzüglicher Energie dafür Sorge tragen, daß **Ruhe und Ordnung gegenüber jedem Störungsvorgang geschützt** werden; sie fördert alle **Volksangelegenheiten** sowie die politischen Parteien und die Zeitungen auf, die Bundesregierung zu unterstützen und **warnen** vor Irrtümern, die die rechtlichen Bestimmungen der Bundesregierung handlungsunfähig machen.

Um in dieser erregten Zeit die Ruhe und Ordnung zu sichern, hat die Bundesregierung bis auf weiteres

alle Aufmärsche und Versammlungen verboten

und durch eine **Berücksichtigung** auf Grund des Reichsgerichtlichen Geschäftsverfahrens zum **Verbot** der **Wahlbarkeit** getroffen.

staats- und volksschädliche Mißbräuche der Pressefreiheit sowie Verleumdungen gegen die öffentliche Sicherheit zu verhindern und zu bestrafen.

Sollange die Bundesregierung mit der Kraft kann nicht, um in der **unabweisbaren Wirtschaftskrise Hilfe und Erleichterung** bringen zu können. Sie gläubt Aufmerksamkeit und Hilfsbereitschaft gilt den Arbeitern und Tagelöhnern, insbesondere denen, die ihre Arbeitsstelle verloren haben, den **Beamten**, die mit langen Rechnen die Rechnungen führen müssen, den **Arbeitslosen**, den **Waisen**, die bei dem Mangel an Beschäftigung ihre Betriebe nur mit größter Mühe retten können und den **Witwen** in Hinblick auf die Notlage, deren Ziel jeder geringen Entlastung durch die Abhebung des Anstandes und durch **Verzicht** auf ungenutzte Güter ist.

Sie sind ein armes, dem Hunger und Not bedrohtes Volk geworden, dem es ein geringer Teil ist, daß in vielen Haushalten der Winter noch länger ist. In schweren Zeiten soll man zusammenhalten. Ein Volk, das in solcher Zeit, hat wie eine gute Familie sich gegenseitig zu unterstützen, ist in **Vertrauen** und **Bürgerkrieg** gefestigt, kann sich nicht erheben, und seine **Freiheit** und **Selbständigkeit** verlieren, ist kein Staatsvolk mehr.

Nest ist keine Zeit für politische Streitigkeiten, Anträge und Beschlüssen, jetzt gilt es,

gemeinsame Arbeit in gemeinsamer Not zu gemeinsamem Wiederaufstieg!

Mitbürger! Die Bundesregierung führt Euch diesen Weg und wird alle Mittel der gesamten Materie für dieses Ziel einsetzen.

Folgt uns! Helft uns!

Es gilt, Österreichs braves und tüchtiges Volk aus Entsetzungen und höchsten Gefahren zu retten.

Wien, am 7. März 1933.

Die Bundesregierung der Republik Österreich.

und christlichsozialer Staatsmacht, der in bloß drei Tagen mehr als 300 Tote und 800 Verletzte kostete, danach das Verbot der Sozialdemokraten sowie ein Putschversuch der Nationalsozialisten bei dem Dollfuß getötet wurde.

Die Parteien und paramilitärischen Verbände wurden aufgelöst. Es gab keine Wahlen mehr. Eine Einheitspartei, die „Vaterländische Front“, diente als Sammelorganisation, die auch die Heimwehren aufnahm. Im März 1938 folgte mit dem Einmarsch der Deutschen Wehrmacht und der Annexion durch das Deutsche Reich das vorläufige Ende Österreichs. Die Erste Republik war nach 20 Jahren, vier Nationalrats- und 33 Landtagswahlen voll gegenseitiger Anschuldigungen und Besudelungen gescheitert. Die nächsten Wahlen sollten erst wieder 13 Jahre danach, im Herbst 1945, stattfinden. In einem besetzten Österreich zwar, aber erstaunlich frei und nach demokratischen Grundsätzen.

Nicht in der Ausstellung: Mitteilung der Regierung Dollfuß an das Volk, dass es nur eine „Parlamentskrise“, aber keine „Staatskrise“ gäbe. Die Regierung arbeitet weiter, auch wenn es kein funktionstüchtiges Parlament mehr gibt. März 1933

In den nächsten Tagen wird die nachfolgende Volksadresse an den Bundespräsidenten allen verfassungstreuen Republikanern zur Unterschrift vorgelegt:

Herr Bundespräsident!

Von dem uns nach Artikel 11 des Staatsgrundgesetzes über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger zustehenden Rechte Gebrauch machend, fordern wir Sie, Herr Bundespräsident, auf, im Interesse des Volkes und des Staates für die sofortige Wiedereinberufung des Nationalrates Sorge zu tragen.

An alle Staatsbürger der Republik!

Die österreichische Sozialdemokratie hat beschlossen, alle freilebenden Bürger und Bürgerinnen der Republik, alle verfassungstreuen Republikaner aufzufordern, eine **Volksadresse** an den Herrn Bundespräsidenten zu unterschreiben.

Wir fordern alle freilebenden Bürger, alle verfassungstreuen Republikaner, alle, die statt unfruchtbarer Verfassungskämpfe fruchtbare wirtschaftliche Arbeit wollen, auf, unsere Volksadresse an den Herrn Bundespräsidenten zu unterschreiben.

Die Volksadresse soll zu einer **gewaltigen Kundgebung des Volkswillens** werden. An einer **Straßendemonstration** können Zehntausende teilnehmen. Die Unterzeichnung der Volksadresse kann Hunderttausende zu gemeinsamer Kundgebung ihres Willens vereinigen. Sie kann daher eine **viel größere Demonstration** werden als die größte **Straßendemonstration**.

Die Unterschrift unter der Volksadresse ist kein Bekenntnis zur Sozialdemokratischen Partei. **Alle Sozialdemokraten werden sie unterschreiben. Aber auch alle anderen verfassungstreuen Republikaner und freilebenden Bürger und Bürgerinnen der Republik fordern wir zur Unterzeichnung der Volksadresse auf.**

Sorget dafür, daß die Volksadresse zu einer großen Kundgebung des Volkswillens werde!

Der Parteivorstand der Deutschösterreichischen Sozialdemokratie.

Wer die Freiheit liebt, stärkt die Sozialdemokratie! Tretet der Sozialdemokratischen Partei als Mitglieder bei!

Anonym: Sozialdemokratische Partei, Aufruf, 1933

Im Zuge einer Abstimmung am 4.3.1933 traten alle drei Parlamentspräsidenten zurück. Die Sitzung konnte nicht ordnungsgemäß beendet werden, die Abgeordneten gingen einfach auseinander. Dafür hatte die Verfassung keine Lösung. Bundeskanzler Dollfuß sprach von einer „Selbstausschaltung“ des Parlaments und ließ ein neues Zusammen-treten der Abgeordneten durch Polizei verhindern.

Die Sozialdemokraten forderten Bundespräsident Miklas auf, für die Wiedereinberufung des Nationalrates zu sorgen. Obwohl die Petition angeblich von mehr als einer Million Menschen unterstützt wurde, blieb Miklas untätig. Dollfuß regierte diktatorisch mittels Notverordnungen. Die nächsten freien Wahlen fanden erst wieder am 25.11.1945 statt. [2900]

Österreichische Wahlplakate 1919 - 1932

Die Geschichte des österreichischen Wahlplakats begann vor 100 Jahren mit der Wahl zur konstituierenden Nationalversammlung im Februar 1919. Davor beschränkten sich die Parteiplakate auf die bloße Ankündigung von Versammlungen. Im Ersten Weltkrieg waren Plakate das erfolgreichste Masseninformativ- und Massenmanipulationsmittel. Neben Versammlungen, Aufmärschen, Zeitungsberichten (von 26 Wiener Tageszeitungen waren nur drei parteiunabhängig) und Flugblättern wurden Plakate zu einem der wichtigsten Wahlkampfinstrument – und blieben es bis heute. Plakaten konnte man nicht entrinnen, während man alle anderen „Angebote“ bewusst annehmen musste. Die Wahlkämpfe der Zwischenkriegszeit waren „Plakatwahlkämpfe“. Wenn die offiziellen Anschlagflächen nicht reichten, wurde „wild“ plakatiert, manchmal sogar auf dem Boden. „Sandwichmänner“ gingen mit Plakaten durch die Stadt, Autos fuhren als „rollende Litfaß-Säulen“ durch die Gassen.

1919 dominierten noch Textplakate, doch verschob sich das Verhältnis rasch zugunsten der Bilder. Neben der kleinen Bürgerlich-Demokratischen Partei waren es vor allem die Sozialdemokraten, die das Medium Plakat intensiv einsetzten und den Plakatstil weiter entwickelten. Wie bei jeder Plakatwerbung musste zuerst Aufmerksamkeit erregt werden. Dazu reichten drastische Bilder, viel Text war nicht nötig. Inhaltlich gab es aber einen wesentlichen Unterschied zur Wirtschaftswerbung: Dort galt es, das eigene Produkt positiv darzustellen und nicht das konkurrierende zu deklassieren. Bei der Wahlwerbung war es genau umgekehrt: Das „eigene Produkt“ wurde kaum beworben, aber intensiv vor Wahl des „anderen Produktes“ gewarnt. Es sollte die Überzeugung geweckt werden, die „Machtübernahme“ durch „die Anderen“ werde verheerende Folgen haben. Man setzte auf pure Angsterzeugung und meinte, damit besonders Frauen erreichen zu können, deren Wahlverhalten noch wenig einschätzbar war. Plakatiert wurde Ideologie, nicht ein konkretes Programm. Die eigenen Anhänger sollten zum Wählen motiviert werden. Diese Strategie entsprang der Überzeugung, durch Plakatwerbung könne niemand in seiner Meinung „umgedreht“ werden. Dazu wäre die Botschaft der Plakate doch zu verkürzt, zu „plakativ“. Überzeugungsarbeit könne nur im persönlichen Gespräch oder der Wahlversammlung geleistet werden.

Für die Gestaltung von Bildplakaten engagierten die Parteien namhafte Grafiker. Gab es 1919 noch keine durchgehenden Wahlkonzepte, schufen Mihaly Biró und Victor Th. Slama für die Sozialdemokraten ab 1920 ganz unverwechselbare Plakatserien und damit erstmals eine Art „corporate identity“. Biró schuf den „Roten Riesen“ mit nacktem Oberkörper und blauer Arbeitshose als Synonym für den starken Proletarier. Slama modernisierte seine Form und reduzierte ihn manchmal auf die bloße Faust. Der „Rote Riese“ war so wirksam, dass die Figur auch von den bürgerlichen Parteien übernommen wurde.

Das Hauptthema der Sozialdemokraten war die Anklage gegen die Schuldigen am Weltkrieg und am aktuellen Elend. Man ortete sie in den Reihen der Christlichsozialen, in einem Bündnis konservativer und reaktionärer Kräfte aus Klerus, jüdischen Kapitalisten, Großbauern, Kriegsgewinnlern und Offizieren. Weitere Themen waren der Schutz sozialer Errungenschaften wie des Mieterschutzes und der Arbeitslosenunterstützung und der Kulturkampf gegen den Einfluss der Kirche auf Schule und Ehe. Dabei wurde vor einer radikalen Verschlechterung der Lage gewarnt, wenn die Bürgerlichen die Macht bekämen.

Während die Sozialdemokraten die „Linke“ schlechthin repräsentierte, verteilten sich die Anhänger der „Rechten“ auf zahlreiche Parteien des christlichsozialen, deutschnationalen und (kleinen) liberalen Lagers. Allen gemeinsam war die scharfe Ablehnung des Marxismus und die Angst vor „russischen Zuständen“, dort war der Bürgerkrieg ja noch im Gange. Sogar „vor der Haustüre“, in Ungarn und Bayern, konnten sich, wenn auch nur kurz, Räterepubliken etablieren. Die Warnung vor den Sozialdemokraten als bolschewistische Revolutionäre findet sich daher auf allen Wahlplakaten der Rechten. Besonders die Unruhen und die Brandstiftung im Justizpalast vom 15. Juli 1927 wurden von den Bürgerlichen als schon lange befürchteter Revolutionsversuch empfunden und auf deren Plakaten mit „Feuerteufeln“ und „Bombenwerfern“ thematisiert. Das Bürgertum drohe in roten Blutseen zu ertrinken, wenn die „Roten“ an die Macht kämen. Daneben ging es um die Gefahr der Enteignung, besonders für Hauseigentümer und Bauern und die drastische Steuerpolitik des „roten Wien“. Auf die Kulturkampfthemen der Sozialdemokraten reagierten die Christlichsozialen als Beschützer von Kirche, Ehe und kirchlicher Kindererziehung.

Die Deutschnationalen standen im Antimarxismus den Christlichsozialen, in religiösen Dingen den Sozialdemokraten nahe. Auf ihren Plakaten stellten sie den Pfarrer als Feindbild in eine Reihe mit dem Revolutionär. Mit Ausnahme kleiner liberaler Parteien waren alle antisemitisch eingestellt: Die Deutschnationalen sowieso, die Christlichsozialen verbanden Judentum mit bolschewistischer Revolution und meinten die Führer der Sozialdemokraten und sogar diese gaben dem Feindbild „Kapitalist“ immer eine jüdische Note.

Auch die Kleinparteien stellten kaum ein eigenes Programm vor, sondern warnten in der Regel nur vor den mächtigen Blöcken „schwarz“ und „rot“. Der Bürger drohe in einem schwarz/roten Sumpf zu versinken, zermalmt oder aufgefressen zu werden. Waren Plakate allzu drastisch, konnten sie auch verboten oder konfisziert werden. So pasierte es der KPÖ 1920 mit dem Bild der Zerstörung des Parlaments (im nächsten Raum).

In den seltensten Fällen kamen positive Nachrichten oder auch nur Verkündungen eines eigenen Programms auf die Plakatwände. Eine Ausnahme bildete die liberale Bürgerlich-Demokratische Partei. Sie thematisierte zwar auch die Gefahren einer Beherrschung durch „schwarz“ und „rot“, brachten aber auch positive Aspekte ein: den Zusammenhalt der verschiedenen Volksschichten, die Bildung eines Österreichbewusstseins durch der Verwendung der

rot-weiß-roten Fahne und die Idealisierung des freien und selbstbewussten Menschen. Die Partei erreichte nur 1919 ein Mandat. Die Sozialdemokraten begannen ab 1927 ihre Erfolge im „Roten Wien“ und ihre Vorstellungen zur Erreichung besserer Lebensumstände zu präsentieren. Die positiven Botschaften der Christlichsozialen konzentrierten sich auf ihren Obmann und fünffachen Bundeskanzler Prälat Ignaz Seipel. Er wurde wegen der Währungsanierung als Garant der Stabilität gepriesen. Eines der seltenen Plakate mit Politikerportraits stellt ihn als verlässlichen Steuermann dar. Dagegen setzten die Sozialdemokraten nicht etwa auf die Werbung für eigene Persönlichkeiten, sondern griffen Seipel und sein Sanierungswerk massiv an. Einerseits wurde die Doppelrolle als Politiker und Priester als unvereinbar dargestellt, andererseits der Völkerbundkredit zur Währungsanierung als „Verkauf“ Österreichs an ausländische Kapitalisten. Eine hauptsächlich auf Flugblättern und in der Parteipresse geführte Kampagne gegen den „Prälaten ohne Milde“ führte zu zahlreichen Kirchenaustritten. Andererseits stellten die Christlichsozialen den sozialdemokratischen Finanzstadtrat von Wien Hugo Breitner auf Plakaten als dämonischen Steuereintreiber mit Peitsche und antisemitisch verzerrtem Gesicht dar. Ein weiterer Politiker, der mit seinem Portrait warb, war der ehemalige Wiener Polizeipräsident Johannes Schober. Bürgerlichen Kreisen galt Schober durch den Polizeieinsatz am 15. Juli 1927 als Retter vor einem bolschewistischen Umsturzversuch. So wurde sein Bild auf dem Plakat auch mit den Worten „Ruhe und Ordnung!“ ergänzt.

Bilder und Worte der Wahlkämpfe zwischen 1919 und 1932 waren drastisch, aggressiv und oft diffamierend. Dadurch sollte bei eigenen Anhängern Angst vor dem Gegner erzeugt werden. Diese Strategie ließ die Gräben zwischen den Parteien und ihren Sympathisanten immer tiefer und nach den Unruhen 1927 nicht mehr überbrückbar werden. Und da ja alle auch bewaffnete „Schutzverbände“ unterhielten, folgten den Bildern und Worten bald Taten, die hunderte Verletzte und Tote forderten. Aus dieser totalen Vergiftung der politischen Atmosphäre profitierte letztlich nur eine Gruppe: die Nationalsozialisten, denen Österreich 1938 wie eine reife Frucht in den Schoß fiel.

Anonym: Jüdischnationale Partei, Wahl 1919

Um 1900 teilte sich die jüdische Gemeinde in „Assimilierte“ (im Westen der Monarchie) und „Zionisten“ (im Osten). Die Zionisten verstanden sich als Teil einer jüdischen Nation und forderten einen Staat in Palästina. Die Assimilierten fühlten sich als vollintegrierte, oft deutschsprachige, Bürger Österreichs. So war etwa Dr. Victor Adler, der jüdische Gründer der Sozialdemokratischen Partei, ursprünglich ein Deutschnationaler. Die Jüdischnationale Partei vertrat die zionistische Idee gegen die Assimilierten und deren bevorzugte Parteien: die Sozialdemokratische Partei und die liberale Demokratische Partei des Dr. Ofner. 1919 erzielten die Jüdischnationalen ein Mandat, danach blieben sie erfolglos. [999]



Anonym: Sozialdemokratische Partei, Wahl 1919

Viele auch höchste Funktionäre der Sozialdemokraten waren jüdischer Herkunft. Doch um ihr Feindbild „Kapitalist“ nach damaliger Meinung zu diffamieren, bediente auch sie sich antisemitischer Polemik. So wird auf diesem Plakat, das gegen die Industriellen Guttman und Feilchenfeld und den Bankier Rothschild gerichtet ist, das Wort „jüdische“ gegenüber dem anderen Text übergroß hervorgehoben. Später wurden die „Kapitalisten“ auch auf sozialistischen Plakaten meist als feiste Männer mit Zylinder und Zigarre und Gesichtszügen gezeichnet, die später der NS-Propaganda als eine Grundlage für ihre Hetzpropaganda dienten. [157]

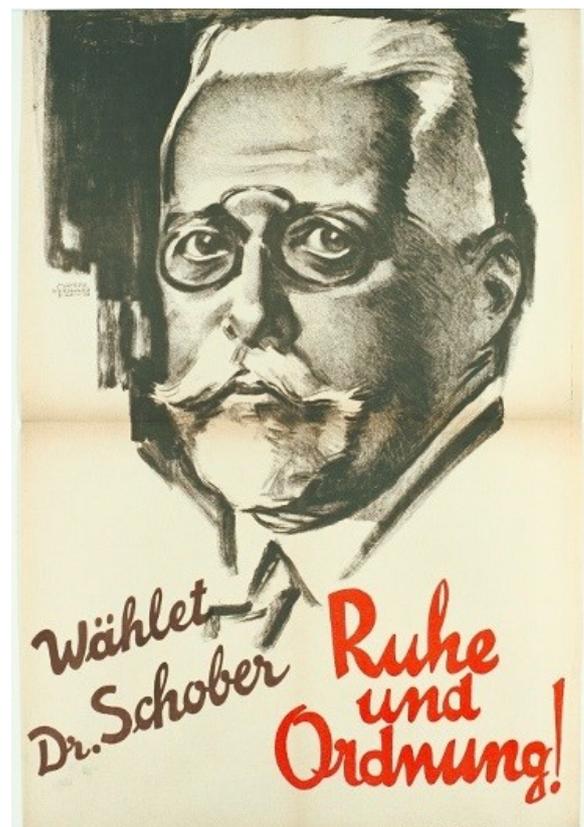
Wilhelm Willrab: Demokratische Partei, Wahl 1920

Die Demokratische Partei bekannte sich bedingungslos zu Freiheit, Demokratie und Republik. Dadurch stellte sie sich sowohl gegen die Sozialdemokraten und deren Gleichheitsideal, gegen die Christlichsozialen und deren katholische Ausrichtung sowie gegen Deutschnationale und Zionisten und deren Nationalgedanken. All das schien mit dem liberalen Freiheitsideal nicht vereinbar. Ein besonders wichtiges Thema war ihnen die Unabhängigkeit der Schule von politischem Einfluss - wie im „Roten Wien“ - oder katholischem Einfluss - wie im übrigen Österreich. Die Demokratische Partei war im Gegensatz zu den meisten Mittelstandsparteien weder national noch antisemitisch eingestellt. Sie erzielte kein Mandat. [822]



Anonym: Demokratische Liste, Wahl 1927

Neben den drei großen Blöcken Sozialdemokraten, Christlichsozialen und Großdeutschen gab es eine Reihe kleiner liberaler „Mittelstandsparteien“, die oft aus Fusionen noch kleinerer Gruppen hervorgegangen waren und deren zentrales Thema die Warnung vor den als übermächtig empfundenen „Schwarzen“ und „Roten“ war. Die Demokratische Liste kandidierte nur 1927 und bekam kein Mandat. [3931]



Bernhard Mayers: Nationaler Wirtschaftsblock und Landbund („Schober-Block“), Wahl 1932

Johannes Schober war von November 1918 an Wiener Polizeipräsident und wurde 1921 von Christlichsozialen und Großdeutschen zum Bundeskanzler gewählt. Für dringend nötige Importe aus der Tschechoslowakei anerkannte er deren Grenzen, damit die Annexion der deutschsprachigen Gebiete und verlor das Vertrauen der Großdeutschen. Nach Rücktritt wieder Wiener Polizeipräsident. Befehligte Polizeieinsatz bei Unruhen nach dem „Schattendorf-Urteil“ am 15. Juli 1927 (89 Tote). Trat 1930 mit einem Wahlbündnis aus Landbund und Großdeutschen an, wurde Vizekanzler in einer Koalition mit den Christlichsozialen, trat jedoch bereits 1932 wieder aus der Koalition aus und verstarb im selben Jahr. [3930]



Die Bürgerlich-Demokratische Partei

1918 als liberale Vertreterin des gesamten Volkes — Bürgertum, Mittelstand und Arbeitern — gegründet. Vertrat eine am Gemeinwohl interessierte Politik, unabhängig von Berufs- und Klasseninteressen. Dank Finanzstärke im Wahlkampf 1919 mit Plakaten stark vertreten, erste Partei, die einen „amerikanisierten“ Persönlichkeitswahlkampf führte. Neben den üblichen Warnungen vor einem Übergewicht von „schwarz“ und „rot“ einzige Partei mit positiver Werbung für Zusammenhalt aller Schichten, Österreichbewusstsein und Ideale der Aufklärung. Erzielte 1919 als stärkste Partei des bürgerlich-fortschrittlich-demokratischen Lagers nur ein Mandat. Eine neuerliche Kandidatur 1920 als bürgerliche Arbeitspartei und 1923 als bürgerlich-demokratische Arbeitspartei blieb erfolglos.

Hans Neumann: Bürgerlich-demokratische Partei, Wahl 1919

Das Bild stellt die idealistische Grundidee der Partei dar: Den Zusammenhalt aller Schichten des Volkes, Männer und Frauen, Bürgerliche, Militärs, Handwerker, Hausfrauen und Mütter, Beamte und Bauern, geeint als Wähler der Bürgerlichen Demokraten. Das Thema des „Zusammenhaltens“ war nicht neu. Entgegen der sonst üblichen Präsentation mit idealtypisch gezeichneten Vertretern ihrer Klasse, die einander mit ernster Miene pathetisch an den Händen halten oder sich um eine Fahne scharen, schuf Neumann eine karikaturhaft-witzige Darstellung.

[3932]



Theo Matejko: Bürgerlich-demokratische Partei, Wahl 1919

Eine weitere positive Botschaft: Bekenntnis von Arbeitern und Handwerkern zu Österreich. Sowohl Sozialdemokraten als auch Deutschnationalen strebten einen schnellstmöglichen Anschluss an Deutschland an. Die Christlichsozialen waren gespalten: In Wien und Niederösterreich überwog das Hoffen auf eine Wiederherstellung guter Beziehungen im Donauraum und den anderen Nachfolgestaaten der Monarchie, im Westen und Süden wollte man sich ebenfalls raschest an Deutschland anschließen. Die Bürgerlich-demokratische Partei war die einzige, die im Wahlkampf 1919 die Selbständigkeit Österreichs, wie hier durch das Aufrichten des Fahnenmastes mit der rot-weiß-roten Fahne, thematisierte. Es war das einzige Wahlplakat der Jahre 1919—1932, auf dem die österreichische Fahne vorkam. [928]



Theo Matejko: Bürgerlich-demokratische Partei, Wahl 1919

Auch diese so positiv werbende Partei, wollte nicht darauf verzichten, die Gegner zu attackieren. Sowohl Sozialdemokraten als auch Christlichsoziale wurden als „Volksverführer“ dargestellt. Allerdings geschah das auf eine witzige Art und nicht mit der Untergriffigkeit, die andere Parteien anwendeten. Der riesige rote Teufel führt das Volk wie der „Rattenfänger von Hameln“ mit seiner Flöte zum Abgrund, assistiert von einem feisten, gemütlichen Pfarrer.

Auf anderen Plakaten der Partei wurden „rot“ und „schwarz“ als Fesseln an den Hufen eines Pferdes, als Raupen, die sich sattfressen oder als Mühlsteine, zwischen denen der Mittelstand zermalmt werde gezeigt. [3446]

Ivo Seliger: Bürgerlich-demokratische Partei, Wahl 1919

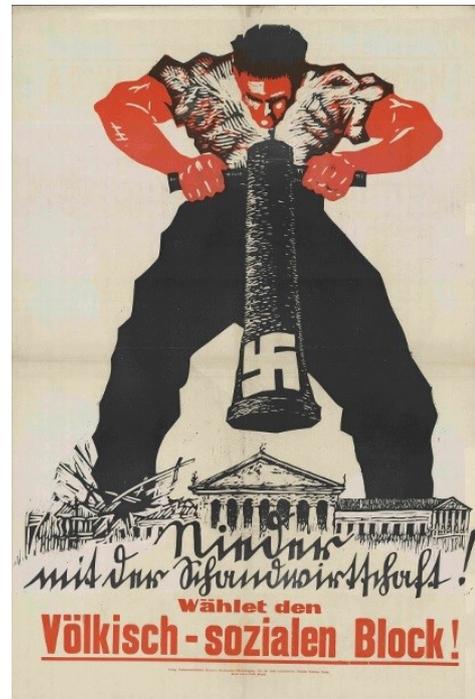
Dieses Plakat signalisiert vielleicht die positivste Stimmung aller zwölf Bildplakate, die von der Partei 1919 eingesetzt wurden. Die Pose des Jünglings mit der Fackel erinnert an die Freiheitsstatue in New York. Wie dort ist die Fackel ein Symbol für das „Licht der Aufklärung“, das den „neuen Menschen sehend“ gemacht hat. Dieses Bild wird noch verstärkt durch das Abnehmen der Augenbinde. Die Jugend symbolisiert den Neubeginn, die Nacktheit die Unbeschwertheit durch Vergangenes. [2522]





Hanns Zehetmayr: Kommunistische Partei, Wahl 1920

1919 war die im gleichen Jahr gegründete Kommunistische Partei nicht zur Wahl angetreten, da man eine Machtübernahme wie in Russland durch eine Rätediktatur anstrebte. Sowohl Sozialdemokraten als auch Kommunisten bezeichneten sich selbst als „Marxisten“. Im Gegensatz zu den Sozialdemokraten lehnten die Kommunisten die parlamentarische Demokratie ab. Nach einer Rüge von Lenin, der alle Möglichkeiten einer Machtergreifung genutzt wissen wollte, entschied man sich, 1920 doch an der Wahl teilzunehmen. Das Bild zeigt jedoch das Ziel ganz unmissverständlich: Der Proletarier zertritt das Parlament und legt mit seiner Fackel Feuer. Das Plakat wurde wegen seiner antideмократischen Aussage verboten, was in der Presse zu Kritik führte. Polizisten kratzten bereits angeklebte Exemplare mit den Säbeln von den Wänden. [2313, untere Hälfte Nachdruck]



Anonym: Völkisch-sozialer Block, Wahl 1927

Die österreichischen Nationalsozialisten waren in ihrer Frühzeit in eine österreichisch dominierte „Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei DNSAP“ und eine von Bayern aus durch Hitler gesteuerte „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei NSDAP“ gespalten. 1927 trat die NSDAP gemeinsam mit einer Splittergruppe unter dem Namen „Völkisch-sozialer Block“ an. Die DNSAP erhielt 1927 bloß 779 Stimmen, der „Völkisch-soziale Block“ knapp 27.000, was aber nicht für ein Mandat reichte. Bei den Wahlen 1930 gaben bereits 112.000 Menschen (3,0 %) den geeint auftretenden Nationalsozialisten „NSDAP - Hitlerbewegung“ ihre Stimme, ein Grundmandat konnte aber nicht errungen werden. Bei den Landtagswahlen 1932 erhielt die NSDAP aber bereits bis zu 20 % der Wählerstimmen. Die extreme Rechte wollte die parlamentarische Demokratie genauso zerstören, wie die extreme Linke. Sogar die Darstellungen dieses Zieles sind einander zum Verwechseln ähnlich. [985]

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei SDAP

1889 Zusammenschluss mehrerer Arbeitervereine zur SDAP durch den Arzt Dr. Victor Adler. Die Einführung des allgemeinen Wahlrechts für Männer führte 1907 zum ersten großen Wahlerfolg, 1911 wird die Christlichsoziale Partei überholt. 1914 Kriegsbefürworter, gegen Kriegsende zunehmend pazifistisch. Unter Einfluss des „Chefideologen“ Otto Bauer Bekenntnis zum Marxismus, aber auch zur parlamentarischen Demokratie. Sieger der Wahl 1919, Koalition mit Christlichsozialen bis 1920, danach in Wahlen den „rechten“ Parteien immer unterlegen und in Opposition. In Wien und Industriezentren lokale Mehrheiten. Ab 1923 Aufbau des bewaffneten „Republikanischen Schutzbundes“. Die Unruhen um den Justizpalastbrand 1927 wurden von den Bürgerlichen als bolschewistischer Umsturzversuch gedeutet. Danach häufig Konflikte mit Heimwehren, später mit der SA der NSDAP. 1931 lehnte die SDAP ein Angebot zur Teilnahme an einer Konzentrationsregierung ab. 1934 nach kurzem Bürgerkrieg von der autoritären Regierung Dollfuß verboten.



Theo Matejko: Sozialdemokratische Partei, Wahl 1919

Das erste Plakat der Sozialdemokraten, das die Feindbilder klar festlegt. Zu dem Pfarrer, dem Kapitalisten und dem Offizier kamen später noch der Großbauer/Gutsbesitzer und Hausherr dazu. Das alte Regime ist durch die Krone symbolisiert, deren Gewicht, durch die feisten Personen obenauf noch verstärkt, das Volk zerdrückt. Aus dessen Blut formt sich die Schrift. Der Text ist auf „Sozialdemokratisch“ reduziert – die Aufforderung „wählet“ angesichts der Drastik des Bildes fast schon überflüssig. [766]

Victor Th. Slama: Sozialdemokratische Partei, Wahl 1930

Victor Theodor Slama entwickelte die von Mihaly Biró für die Partei entworfene Plakatlinie weiter. Der von Biró schon 1911 kreierte „rote Mann“ wurde zum Synonym des Arbeiters, manchmal überhaupt nur durch eine „rote Faust“ ersetzt. Während Biró seinen „roten Mann“ mit nacktem, sonnenverbranntem Oberkörper und blauer Arbeitshose darstellte, betont Slama das Rot wesentlich stärker, macht die Figur kantiger und zum Mittelpunkt jeder Zeichnung. Die Gegner werden durch die Farben schwarz als Christlichsozialer und grün als Heimwehrmann gekennzeichnet. Beide tragen typische Hüte des Landvolkes. Für den Wahlkampf 1930 fertigte Slama vier Plakate mit ähnlichen Szenen an, wobei die Gegner immer mit Waffen drohen, während der „Rote Riese“ mit der bloßen Faust zulangt. Tatsächlich war aber auch der sozialdemokratische Republikanische Schutzbund bis an die Zähne bewaffnet. [488]

George Karau: Sozialdemokratische Partei, Wahl 1919

Eines der Themen der Sozialdemokraten im Wahlkampf 1919 war die Abrechnung mit den Schuldigen am Weltkrieg und an dem allgemeinen Elend. Die Sozialdemokraten waren die einzigen Repräsentanten der „Linken“ auf parlamentarischem Boden. Die Schuld am unermesslichen Leid des Weltkrieges verteilten sie in ihrer Propaganda auf alle anderen Parteien, obwohl sie 1914 auch Kriegsbefürworter waren. Die Zeichnung ähnelt der üblichen Darstellung der Schmerzmutter Maria mit dem Leichnam Christi. Stilistisch in Formen des Jugendstils gehalten. George Karau wirkte später als Architekt am Aufbau des „Roten Wien“ mit. [329]





Mihaly Biró: Sozialdemokratische Partei, Wahl 1920

Das Plakat war ein Versuch der Sozialdemokraten, neue Wählerschichten – Christen, deren Gerechtigkeitsempfinden verletzt wurde - anzusprechen. Es erregte große Aufregung. Die christlichsoziale Presse sah in der Verwendung der Christusgestalt im Wahlkampf eine Gotteslästerung, entsprechend waren auch die Kommentare der Pfarrer von den Kanzeln. Von den beliebten Priestern trägt einer Kardinalsrot und ist auch durch die Kutsche und den livrierten Kutscher als „Kirchenfürst“ gekennzeichnet. Neben dem Kutscher sitzt eine Gestalt in Tracht, die auf den ländlichen Hintergrund der Christlichsozialen verweist. Damit nur ja alles klar ist, flattert an der Rückseite der Kutsche ein christlichsoziales Wahlplakat. Das Original sehen Sie später. [579]



Victor Th. Slama: Sozialdemokratische Partei, Wahl 1930

So wie bei den anderen Parteien war auch bei den Sozialdemokraten die Diffamierung der Gegner das Hauptthema in den Wahlkämpfen. Allerdings begannen sie ab 1927 auch ihre Wiener Wohnbau- und Infrastrukturmaßnahmen zu Werbezwecken einzusetzen. Slama lässt den „Roten Riesen“ nun stolz die Ergebnisse präsentierte. [2063, Nachdruck]



Victor Th. Slama: Sozialdemokratische Partei, Wahl 1930

Auch dieses hochmodern wirkende Plakat ist eine Fortsetzung der „Positivwerbung“ der Sozialdemokraten. Dafür verlässt Slama seine bisherige grafische Linie: Kein „Roter Riese“ mit starken Händen, rot kommt gar nicht mehr vor, keine Aggression, keine Anklage, nur sprühende Lebensfreude. [3934]

Die Deutschnationalen Parteien

Fast alle Parteien bekannten sich zum „Deutschtum“. Die Sozialdemokraten strebten den Anschluss an eine deutsche sozialistische Republik an, die Christlichsozialen waren vom süddeutschen Katholizismus geprägt. Darüber hinaus gab es Parteien, denen das „Deutschtum“ geradezu Programm war. Schon im Abgeordnetenhaus der Monarchie waren zahlreiche deutschnationale Parteien vertreten, die alle auch mehr oder minder antiklerikal und antisemitisch eingestellt waren. Das Spektrum reichte von monarchietreuen „Großdeutschen“ bis zu ausgeprägten Separatisten („Alldeutsche“). Im kleingewordenen Österreich hätte man wegen der Zersplitterung aber kaum Chancen auf entsprechende Repräsentation im Parlament gehabt. Dachvereine konnten die meisten Parteien zusammenfassen und schlossen sich 1920 zur „Großdeutsche Volkspartei“ zusammen. Die noch völlig unerheblichen Nationalsozialisten blieben außerhalb. Sie konnten erst bei den Landtagswahlen 1932 erhebliche Stimmgewinne auf Kosten der Großdeutschen erreichen.



Monogramm M: Nationaldemokratische Partei, Wahl 1919

Die Vorgängerorganisation dieser Partei, die „Alldeutschen“ unter Georg Ritter von Schönerer, prägte noch in der Monarchie den Spruch: „Gegen Habsburg, Juda, Rom bauen wir Germaniens Dom“ und forderten einen Austritt der deutschsprachigen Gebiete Österreichs aus der Monarchie und einen Anschluss an das Deutsche Kaiserreich. Die neuen „Feindbilder“ dieser radikal deutschnationalen Partei begleiten den „Sarg des deutschen Volkes“: Klerus, Juden und Arbeiter. Nach dem erfolglosen Abschneiden bei den Wahlen 1919 mit nur 1,6 % der Stimmen löste sich die Partei 1920 auf und verteilte sich auf die neu gegründete „Großdeutschen Volkspartei“, die Nationalsozialisten oder den Landbund“ (deutschnationale Bauernbünde mit Schwerpunkt Kärnten, Steiermark und Oberösterreich). [1121]



Emil Weigang: Deutschnationale Partei, Wahl 1919

Die Deutschnationale Partei war mit 5,8 % und 8 Mandaten bei der Wahl 1919 die erfolgreichste Gruppe des noch zersplitterten deutschnationalen Parteienspektrums. 1920 war sie eine treibende Kraft der Vereinigung der deutschnationalen Parteien zur „Großdeutschen Volkspartei“. [725]

Daniel Pauluzzi: Großdeutsche Volkspartei, Wahl 1920

1920 trat die deutschnationale „Großdeutsche Volkspartei“ als Sammelpartei erstmals zur Wahl an und erreichte 21 Mandate. Sie war eine typische Honoratiorenpartei: Mittlere und höhere Beamte, Akademiker, Vertreter freier Berufe und Gewerbetreibende waren ihre Parteigänger. Sie trat für den Anschluss an Deutschland ein, wollte den Verlust deutschsprachiger Gebiete durch den Vertrag von St. Germain nicht anerkennen, war sie antiklerikal und antisemitisch ausgerichtet. Schwerpunktthema war die Warnung vor einer neuerlichen Koalition von Sozialdemokraten und Christlichsozialen und das Bestreben, sich als „Drittes Lager“ neben den Großparteien zu etablieren. [823]



Anonym: Großdeutsche Volkspartei, Wahl 1923

(Bist Du ein Deutscher? Dann kannst Du nicht für rot oder schwarz stimmen. Wähle großdeutsch!)

Die idealtypische Darstellung des jungen Mannes, wie hier mit blonden Haaren und blauen Augen, stechendem Blick und wehendem Haarschopf in Verbindung mit der Frage „Bist Du ein Deutscher?“ war natürlich antisemitisch gemeint. 1923 erreichten die Großdeutschen nur noch 10 Mandate, 1927 im Rahmen der Einheitsliste mit den Christlichsozialen wieder 12. 1930 konnte sie nur noch durch ein Wahlbündnis mit dem „Landbund“ unter dem ehemaligen Wiener Polizeipräsidenten Dr. Schober reüssieren. Zusammen erreichten sie immerhin 19 Mandaten. Dramatisch verliefen die vier Landtagswahlen 1932: In Wien, Salzburg und Niederösterreich blieben sie mandatslos, in Vorarlberg erhielten sie gerade noch eines. Die Wählerschaft war in Scharen zur NSDAP übergelaufen. [1678]



Monogramm SW: Heimatblock, Wahl 1930

Das Plakat spielt auf die Unruhen vom 15. Juli 1927 an, als in Folge eines Fehlurteils nach einer tödlichen Konfrontation in Schattendorf Demonstranten den Justizpalast anzündeten.

Trotz des Zusammenschlusses der verschiedenen Heimwehren zu einem „Österreichischen Heimatschutz“ agierten die Gruppen bundesländerweise selbständig und oft auch gegeneinander. Italiens Diktator Mussolini unterstützte den Flügel um den Oberösterreichler Starhemberg, den Steirer Pfrimer und den Tiroler Steidle, die ihre Mitglieder 1930 auf ein faschistisches, antidemokratisches Programm einsworen. Die Christlichsoziale Partei und die Heimwehren Wiens, Niederösterreichs und des Burgenlandes trugen das nicht mit. Die faschistische Gruppe Starhembergs trat daher 1930 entgegen dem bisherigen Zusammengehen mit den Christlichsozialen als eigene Partei „Heimatblock“ an, erzielte aber nur 6,2 % der Stimmen und 8 Mandate. [710]



Die Christlichsoziale Partei CS

Katholische Kleinbürger, Kleinbauern, Arbeiter und der niedere Klerus organisieren sich ab 1870 in Vereinen, die sich 1893 zur „Christlichsozialen Partei“ zusammenschlossen. Gründer waren unter anderem der spätere Wiener Bürgermeister Karl Lueger und der christliche Arbeiterführer Leopold Kunschak. 1907 wurde die CSP stimmenstärkste Fraktion im Abgeordnetenhaus der Monarchie. 1911 wurde der Rang an die Sozialdemokraten verloren. 1918 zuerst für Beibehaltung der Monarchie, dann unter Druck der Bauernvertreter für Republik. Die extrem heterogene Wählerschaft wurde durch Bekenntnis zum Katholizismus zusammengehalten. Unter Obmann Prälat Ignaz Seipel scharf antimarxistisch und ideologisch mit Heimwehr verbunden. Er lehnte die Parteiendemokratie zugunsten der „Ständestaatsidee“ zunehmend ab. Seipels Nachfolger Carl Vaugoin löste die Partei 1934 auf, nachdem sie faktisch in die neue „Einheitsbewegung“ der autoritären Regierung Schuschnigg, die „Vaterländische Front“, übergeführt worden war.

Franz Griessler: Christlichsoziale Partei, Wahl 1919

Die vom Umsturz des Jahres 1918 besonders getroffene Christlichsoziale Partei trat quasi noch in „Schockstarre“ zu den ersten Wahlen 1919 an. Im Gegensatz zu den Sozialdemokraten hatte sie keine einheitlichen Vorstellungen für Österreich. Den monarchistischen Wiener Bürgern standen die mittlerweile antihabsburgischen Bauern gegenüber. Was sie einte waren Katholizismus und Antimarkismus.

Die Christlichsozialen versuchten das sozialdemokratische Thema „Schuld am Weltkrieg“ durch Fürsorge für die Kriegsheimkehrer zu entkräften. Immerhin war es ein positives Signal, wenn auch das Idealbild des in eine heile Familie heimkehrenden, ungebrochenen Mannes kaum mit der Realität übereinstimmte. Die überdeutliche Zeichnung des Eheringes am Finger des Soldaten ist als Signal an die katholische Klientel der Partei zu verstehen. [86]



Fritz Schönflug: Christlichsoziale Partei, Wahl 1919

Die Christlichsoziale Partei trat 1919 nur mit zwei Bildplakaten an. Der „bombenwerfende Marxist“ reflektiert die Ängste der bürgerlichen Stadtbevölkerung. In den Zeitungen konnte man täglich von neuen Gräueln der Bolschewiken im russischen Bürgerkrieg lesen. Die Auslöschung des russischen Adels und Bürgertums war evident. Schließlich sollten das Feindbild des revolutionären Marxisten, die Steuerpolitik des „Roten Wien“ und die Kulturkampfthemen Kirche, Schule und Ehe die Wahlpropaganda der Christlichsozialen prägen. Bestärkt wurden sie 1919 durch die kurzen, aber blutigen Rätediktaturen in Bayern und Ungarn, das Linzer Programm der Sozialdemokratischen Partei von 1926, das als letztes Mittel gegen den Widerstand der Bourgeoisie auch die „Diktatur des Proletariats“ für legitim erklärte und die massiven Unruhen nach dem „Urteil von Schattendorf“ am 15. Juli 1927 mit Plünderungen und der Brandlegung im Justizpalast. [674]



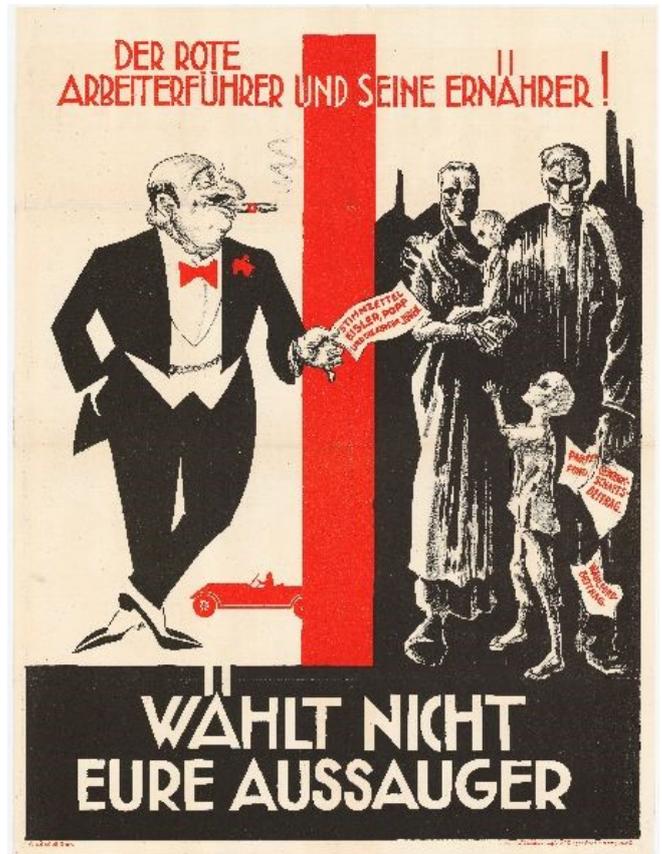
Hans Neumann: Christlichsoziale Partei, Wahl 1920

In der Stadt Wien regierten die Sozialdemokraten seit 4. Mai 1919. Eine der ersten Maßnahmen waren drastische Steuererhöhungen zu Lasten des Mittelstandes und der Vermögenden, um die allgemeine Not zu lindern. Dieser Steuerdruck war auch Thema des Nationalratswahlkampfes. Die diabolische rote Gestalt mit der Ballonmütze presst das Blut aus den in der Presse liegenden Personen. Damit ist das Feindbild der Christlichsozialen schlechthin, der Wiener Finanzstadtrat Hugo Breitner, gemeint. Bei einer Wahlkampfrede 1930 forderte der Heimwehr-Führer Starhemberg, dass der „Kopf des Asiaten (gemeint: der Jude Hugo Breitner) in den Sand rollen“ möge. Bemerkenswert ist die elegante Kleidung der Opfer, die sie als Mitglieder des gehobenen Bürgertums charakterisierte. [3448]

Anonym: Einheitsliste, Wahl 1927

Bei der Wahl 1927 traten Christlichsoziale Partei, Großdeutsche Volkspartei und zwei kleine nationalsozialistische Gruppen unter dem Wahlbündnis „Einheitsliste“ an. Die Parteien wählten ihre Plakatsujets selbständig, oft ohne den eigenen Parteinamen zu nennen.

Die Zeichnung des prassenden Parteibonzen ähnelt den Darstellungen von Kapitalisten auf Plakaten der Sozialdemokraten: antisemitische Gesichtszüge, feist, mit Zigarre und elegant gekleidet, das rote Auto im Hintergrund. Im Gegensatz dazu die abgezehrte Arbeiterfamilie vor den Schloten, die einen Stimmzettel mit den Namen Popp und Eisler sowie der diffamierend gemeinten Bemerkung „und die anderen Juden“ entgegennimmt. Die Begründerin der „Proletarischen Frauenbewegung“ Adelheid Popp und der Grazer Gemeinderat und Rechtsanwalt Dr. Arnold Eisler waren von 1919-1934 sozialistische Mitglieder des Nationalrats. [582]



Anonym: Einheitsliste, Wahl 1927

Wenn auch die hinter dem Plakat stehende Partei nicht angeführt ist, handelt es sich um ein Thema der Christlichsozialen. Die Sozialdemokraten wollten den Einfluss der Kirche auf Ehe, Kindererziehung und Schule abschaffen. So hatte der Wiener Bildungsstadtrat Otto Glöckel die Teilnahme am Religionsunterricht für unverbindlich erklärt. Die Christlichsozialen sahen darin einen marxistischen Angriff auf den christlichen Glauben schlechthin.

Die Sozialisten setzten Katholizismus mit den Christlichsozialen gleich, umso mehr, als mit Ignaz Seipel ja ein Priester deren Parteiobmann war. Schändungen religiöser Symbole waren daher mehr als Angriff auf die Christlichsoziale Partei und die Dominanz der katholischen Kirche zu verstehen als auf den christlichen Glauben. Nach den Unruhen von 1927 führte eine antikirchliche Kampagne der Sozialisten zum Kirchenaustritt von rund 30.000 Menschen. [583]

Alois Mitschek: Christlichsoziale Partei, Wahl 1920

Interessanterweise verwendete der Künstler den „Riesen“ (noch dazu in roten Hosen) als christlich-sozialen Beschützer des Volkes im selben Wahlkampf, für den Mihaly Biró seinen „Roten Riesen“ für die Sozialdemokraten adaptiert hat. Die Gruppe der Verführer besteht aus gutgekleideten und wohlgenährten Herren, den Kriegsgewinnlern, einem Arbeiterführer mit roter Kappe und einer torkelnden Lebedame. Sie ziehen das ausgezehrte und blinde Volk, darunter auch ein Arbeiter mit roter Kappe, hinter sich in den Abgrund. Der Riese steht schützend dazwischen und schiebt mit seiner Faust das Pack über die Klippe.

Das Plakat findet sich an der Kutsche der zwei Kirchenfürsten von Mihaly Biró mit dem „abweisenden Christus“ wieder. [3826]



Rudolf Ledl: Christlichsoziale Partei und Heimatwehr, Wahl 1930

Im burgenländischen Schattendorf waren am 30.1.1927 bei einem Zusammenstoß rechter „Frontkämpfer“ mit Sozialisten ein Kind und ein Sozialdemokrat erschossen worden. Die Todesschützen wurden von einem Geschworenengericht freigesprochen. Das Fehlurteil konnte nach damaliger Rechtslage nicht korrigiert werden. Nach einem emotionalen Leitartikel in der Arbeiterzeitung bildete sich vor dem Justizpalast eine unkontrollierte Demonstration, deren Teilnehmer das Gerichtsgebäude in Brand steckten, Zeitungsredaktionen verwüsteten und Geschäfte plünderten. Der Polizeieinsatz forderte 84 tote Demonstranten und fünf tote Polizisten. Die Bürgerlichen sahen in den Ereignissen einen gerade noch abgewehrten marxistischen Putschversuch. Das gegenseitige Misstrauen schlug in Hass um.

Die nicht am „Heimatblock“ teilnehmenden Heimwehren Wiens traten auf einer Liste mit den Christlichsozialen als „Heimatwehr“ an. [673]



Fritz Schönflug: Kärntner Einheitsliste, Wahl 1923

Bei den am selben Tag stattfindenden Nationalrats- und Landtagswahlen in Kärnten traten Christlichsoziale, Großdeutsche Volkspartei und Landbund als „Einheitsliste“ an.

Im Hintergrund der Szene das Klagenfurter Landhaus, im Vordergrund der Herzogsstuhl von Maria Saal. Es solle verhindert werden, dass die verhetzend antisemitisch gezeichneten Sozialisten Dr. Otto Bauer, stellvertretender Parteivorsitzender, und Dr. Friedrich Austerlitz, Chefredakteur der Arbeiterzeitung, von Wien aus den sozialistischen Kandidaten Dr. Matthias Zeinitzer in die Funktion des Landeshauptmanns hieven. Im Hintergrund ist der sozialistische Alt-Landeshauptmann Florian Gröger gerade vom Volk verjagt zu sehen. Die Wahl ging zugunsten der Einheitsliste aus, deren Abgeordnete den Obmann des Landbundes Vinzenz Schumy zum Landeshauptmann wählten. [59]

